

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

nicht öffentlich		Drucksache Nr. 1850/2010
Amt/Aktenzeichen Dezernat III/20 97 15	Datum 15.10.2010	TOP 1.1

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum
Wirtschaftsausschuss	Entscheidung	28.10.2010

Betreff:

Vergabeangelegenheiten

Kampagne Fairtrade Town - Antrag Bündnis 90/Die Grünen zur Stadtratssitzung am 1.9.2010

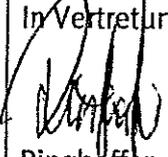
Bewerbung der Landeshauptstadt Mainz

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Mainz beteiligt sich an der Kampagne Fairtrade Town. Fairtrade Town ist ein Baustein in der aktuell beschlossenen nachhaltigen Beschaffungspolitik der Stadt Mainz. Die Koordinierung läuft über das städtische AGENDA 21-Büro. Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit müssen zur Verfügung gestellt werden.

Stadtverwaltung Mainz

In Vertretung


Ringhoffer
Beigeordneter

Problembeschreibung / Begründung

1. Sachverhalt
2. Lösung
3. Alternativen
4. Ausgaben/Finanzierung
 - a) einmalige Ausgaben
 - b) laufende Ausgaben einschl. Folgekosten (z.B. Sach- und Personalkosten, Schuldendienst)

zu 1.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mit Antrag 1537/2010/1 zur Stadtratssitzung am 1.9.2010 den Stadtrat aufgefordert zu beschließen, dass sich die Stadt Mainz im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel an der Kampagne Fairtrade Towns beteiligt und den Titel Fairtrade-Stadt anstrebt. Laut Niederschrift (Anhang) wurde der Antrag an die zuständigen Ausschuss verwiesen, um hier die Einzelheiten auszudiskutieren.

Die Kampagne Fairtrade Towns ist eine weltweit sehr erfolgreiche Aktion und dient vor allem dazu, das Thema fairer Handel mehr in das Bewusstsein der Menschen zu rücken. Die wichtigsten Standards des fairen Handels sind die Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse, sozialer Anforderungen und wirtschaftliche Effizienz. Dies sind die Grundsäulen einer nachhaltigen Beschaffung.

Die Landeshauptstadt Mainz hat sich mit Stadtratsbeschluss vom 1.9.2010 für eine nachhaltige Beschaffungspolitik entschieden. Die Teilnahme an der Kampagne Fairtrade Town wäre ein Baustein im Rahmen dieser zukunftsgerichteten Einkaufspolitik. Im Bereich Beschaffungen, Vergabe und der Durchführung von Baumaßnahmen trägt die Landeshauptstadt Mainz hinsichtlich der Berücksichtigung von Sozialstandards und Umweltschutzkriterien eine besondere Verantwortung. Zum einen hat sie eine wichtige Vorbildfunktion, zum anderen kann sie durch ihre Nachfrage die Entwicklung und Produktion umweltfreundlicher Produktalternativen vorantreiben sowie die Einhaltung von sozialen Standards im Rahmen von Produktions- bzw. Bauprozessen fördern. Unter Beachtung eben dieser Vorbildfunktion kann die Stadt Mainz den Verbraucherinnen und Verbrauchern aufzeigen, dass das tagtägliche Konsumverhalten und die Entscheidung für fair gehandelte Produkte positive Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Produzentenfamilien u.a. in Afrika, Asien und Lateinamerika haben kann.

Die Teilnahme an der Kampagne ist auf Bürgerbeteiligung ausgerichtet. Gemeinsam soll Öffentlichkeit gewonnen werden, die Stadt soll sich als Vorbild darstellen und auch überregionale Medienpräsenz gewinnen.

Bereits jetzt erfolgt durch zahlreiche Maßnahmen eine Unterstützung des Fairen Handels in Mainz. Die Stadt Mainz verfügt über ein breites Angebot an Verkaufsstätten von Produkten aus dem fairen Handel. Es gibt eine Vielzahl an Aktivitäten in Schulen, Vereinen, Kirchengemeinden u.a. Außerdem finden zahlreiche Veranstaltungen und Initiativen zur Förderung des fairen Handels statt. Unterschiedliche Akteure in der Stadt Mainz beschäftigen sich mit dem Thema Fairer Handel.

zu 2.

Um Fairtrade Stadt werden zu können, müssen fünf Kriterien erfüllt werden:

1. Es liegt ein Beschluss vor, dass bei allen Sitzungen der Ausschüsse und des Rates sowie im Büro des Oberbürgermeisters Fairtrade-Kaffee sowie ein weiteres Produkt aus fairem Handel verwendet wird. Es wird die Entscheidung getroffen, den Titel Fairtrade-Stadt anzustreben.
2. Es wird eine lokale Steuerungsgruppe gebildet, die die Aktivitäten vor Ort koordiniert. In dieser Steuerungsgruppe sollten z.B. folgende Bereiche vertreten sein:
 - Verwaltung
 - Weltladen
 - IHK
 - Kirchen
 - Nichtregierungsorganisationen
 - Schulen, Vereine
 - Medien
 - City-Management
 - Hotel- und Gaststättenverband

Die Verwaltung soll prüfen, ob die Koordination dieser Steuerungsgruppe über die AGENDA-Koordinierungsstelle beim Amt 12-Stadtentwicklung erfolgen kann.

Nach der Gründung der Steuerungsgruppe sollen die Ziele definiert, die Frequenz der Treffen sowie die konkreten Aufgaben festgelegt und etwaige Unterstützer angesprochen werden.

TransFair bieten Unterstützung zur Gründung und Durchführung der Sitzung an.

3. In den lokalen Einzelhandelsgeschäften werden Fairtrade-Produkte angeboten, in Cafés und Restaurants werden diese Produkte ausgeschenkt. Die erforderliche Zahl der Geschäfte und Gastronomiebetriebe ist an die Einwohnerzahl gekoppelt.
4. In öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen werden Fairtrade-Produkte verwendet und es werden dort Bildungsaktivitäten durchgeführt.
5. Die örtlichen Medien berichten über alle Aktivitäten, es erfolgt eine Dokumentation. Mit einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit werden die Stadt und ihre Vertreter als sozial verantwortlich handelnde Akteure wahrgenommen. Die Kommune wird Vorreiter z.B. erste Fairtrade Stadt in Rheinhessen o.ä.

Nach Erfüllung aller Kriterien und Prüfung durch FransFair e. V. wird der Titel Fairtrade-Stadt für zunächst zwei Jahre vergeben. Danach erfolgt eine Überprüfung, ob die Kriterien weiter erfüllt sind.

zu 3.

Keine Beteiligung an der Kampagne Fairtrade Stadt.

zu 4.

Neben den Personalkosten entstehen Kosten für die intensive Öffentlichkeitsarbeit. Die Medien müssen eingebunden werden, Kampagnenmaterial inkl. Layout muss erstellt (Flyer, Banner etc.), Veranstaltungen müssen durchgeführt werden. Eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit ist im Rahmen der Kampagne erwünscht und erforderlich. Die dazu notwendigen finanziellen Mittel von ca. 3.000,- Euro können nicht über die AGENDA-Mittel abgedeckt werden.